

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans der Stadt Lich sowie des Wirtschaftsplans der Stadtwerke Lich 2023, 16. November 2022

– es gilt das gesprochene Wort –

Dr. Julien Neubert

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

Sie können sich gewiss daran erinnern, dass ich vor ziemlich genau einem Jahr – nämlich am 17. November 2021 – den Haushalt für das nunmehr laufende Haushaltsjahr einbrachte. Damals tagten wir pandemiebedingt noch in der Sport- und Kulturhalle Muschenheim, heute können wir uns glücklicherweise wieder im Stadtverordnetensitzungssaal unseres Rathauses versammeln, was wiederum dem Umstand geschuldet ist, dass das Pandemiegeschehen nicht mehr derart unseren Alltag beherrscht und wir Fortschritte darin erzielt haben, mit dem Corona-Virus umzugehen. Ebenso können Sie sich daran erinnern, dass ich im vergangenen Jahr die Metapher einer Schiffsreise heranzog, um die Herausforderungen, aber auch den Kurs für die Stadt Lich im seinerzeit vor uns liegenden Haushaltsjahr 2022 aufzuzeigen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe mich nach meiner letzten Haushaltsrede immer wieder gefragt, wo sich unsere Schiffsreise verorten lässt und wie das Schiff überhaupt vorankommt.

Vor etwa zwei Wochen bekamen Sie bereits den vom Magistrat festgestellten Haushaltsentwurf für die Stadt Lich sowie den Wirtschaftsplan für die Stadtwerke zugesandt und der Blick in dieses knapp 700 Seiten umfassende Werk zeichnet auf den ersten Blick ein recht beruhigendes Bild. So stehen im Ergebnishaushalt Erträgen von **35.199.825 Euro** Aufwendungen von **35.610.627 Euro** gegenüber. Der Ergebnishaushalt schließt folglich mit einem Fehlbetrag von **410.802 Euro** ab. Im außerordentlichen Ergebnis lassen sich weder Erträge noch Aufwendungen feststellen.

Im Finanzhaushalt beläuft sich der Verwaltungssaldo, also der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf **433.512 Euro**. Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen **3.020.535 Euro**, die Auszahlungen wiederum **16.676.700 Euro**, woraus sich ein Saldo von **-13.656.165 Euro** ergibt. Die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit können schließlich auf **13.656.165 Euro** festgesetzt werden. Die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit – es handelt sich hierbei um die Tilgung – belaufen

sich auf **1.184.628 Euro**. Hieraus ergibt sich ein Saldo von **12.471.537 Euro**. Der Zahlungsmittelbedarf – also die Differenz aus der Kredittilgung und dem Verwaltungssaldo – beträgt **751.116 Euro**.

In Zeiten der Dauerkrise stellt sich zunächst angesichts der vorgetragenen Zahlen die Frage, ob der Haushalt überhaupt genehmigungsfähig ist. Zwar schließt der Haushalt im Ergebnis mit einem Defizit ab, allerdings steht durch den Rückgriff auf die ordentliche Rücklage einer Genehmigung nach § 92 Abs. 5 Satz 1 HGO nichts im Wege. Ein Rückgriff auf die außerordentliche Rücklage, wie es der aktuelle Finanzplanungserlass des Landes Hessens durchaus erlaubt, ist nicht notwendig.

In der Vergangenheit wäre wiederum die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes hinsichtlich § 92 Abs. 5 Satz 2 HGO kritisch zu bewerten gewesen. So ist die angestrebte Kredittilgung größer als der Saldo des Zahlungsmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit. Dank des Finanzplanungserlasses des Landes Hessen, der bereits in den letzten Jahren diese Vorgabe dahingehend aufweichte, dass eine entsprechende Differenz durch ungebundene Liquidität ausgeglichen werden könne, stellt sich der vorgelegte Haushaltsplanentwurf als genehmigungsfähig dar. Ein Haushaltssicherungskonzept ist vor diesem Hintergrund nicht vorzulegen.

Ich könnte jetzt eigentlich zufrieden sagen: „Bürgermeister, Verwaltung und Magistrat haben den Sturm hinter sich gelassen, wir befinden uns wieder in ruhigeren Gewässern. Weiter geht's!“

Sie kennen mich aber und genau dies werde ich eben aus zwei Gründen nicht tun. Zum einen möchte ich auf die fiskalische Großwetterlage eingehen, zum anderen möchte ich aber auch auf Schwerpunkte des städtischen Haushalts zu sprechen kommen.

Angesichts der Genehmigungsfähigkeit des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs mag der eine oder andere jetzt sicherlich zu dem Schluss kommen, dass wir unbesorgt in die Zukunft blicken können. Der reine Blick auf die Zahlen macht diese Wahrnehmung nachvollziehbar. Im Vergleich zu vielen anderen Kommunen ist das Defizit im Ergebnishaushalt überschaubar – eine Erhöhung der Grundsteuer und somit eine Belastung der Bürgerinnen und Bürger in ohnehin schon sehr belastenden Zeiten ist vorerst nicht notwendig. Vergegenwärtigt man zugleich noch Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 7,5 Mio. Euro und dass die Stadt Lich über ein ordentliches Rücklagenpolster von über 12 Mio. Euro verfügt und diese Rücklagen sich Ende dieses Jahres auch noch mit Aufstellung des Jahresabschlusses aller Voraussicht nach deutlich auf 19 Mio. Euro erhöhen wird, dann stellt sich die fiskalische Situation der Stadt Lich durchaus

als solide dar, zumal der Haushalt im Ergebnis ohne die zusätzlichen Mehrbelastungen im Energiebereich von rund 800.000 Euro mit einem satten Plus abgeschlossen hätte.

Dennoch möchte ich vor einem allzu großen Optimismus oder gar vor Euphorie warnen. Kehren wir zur Metapher einer Schifffahrt zurück, so müssen wir ganz nüchtern feststellen, dass unser Schiff sich nun mitten auf hoher See befindet. Land ist keines in Sicht und die Mannschaft ist von der Corona-Pandemie und einem Anwachsen von Pflichtaufgaben ohne auskömmliche Gegenfinanzierung gebeutelt. Der abscheuliche und verbrecherische Krieg Putins in der Ukraine sowie die damit einhergehende Versorgungs- und Wirtschaftskrise macht die See stürmisch.

Für Deutschland sagt der Internationale Währungsfonds (IWF) für das Jahr 2023 einen Wirtschaftsrückgang von etwa 0,3 Prozent voraus. Die Inflation wird sich 2023 und 2024 wohl auch noch in einem Bereich von über sieben Prozentpunkten bewegen. IWF-Chefvolkswirt Pierre-Olivier Gourinchas brachte es erst kürzlich auf die einfache Formel, „Das Schlimmste kommt noch.“

Solche Einschätzungen erfüllen mich mit Sorge und wenn wir an dieser Stelle zu unserem Haushaltsplan zurückkehren, dann müssen wir bedenken, dass wir im nächsten Jahr von erhöhten Schlüsselzuweisungen profitieren. Knapp 1,6 Mio. Euro mehr Schlüsselzuweisungen – Biontech lässt grüßen –, sowie 255.000 Euro mehr Einkommensteueranteile sowie Entlastungen bei der Heimat- und der Gewerbesteuerumlage federn die Belastungen im Ergebnishaushalt ab und helfen, die zusätzlichen Belastungen bei der Kreis- und Schulumlage aufzufangen. Anmerken möchte ich an dieser Stelle, dass wir bei einem Haushaltsvolumen von rund 35 Mio. Euro mittlerweile knapp 14 Mio. Euro an den Landkreis Gießen über die Kreis- und Schulumlage abführen. Tendenz – so meine Einschätzung – steigend, wenn man sich alleine vor Augen führt, was in Sachen Schulbau für den Landkreis Gießen als Schulträger in den nächsten Jahren so ansteht.

Erschwert wird die Situation im Ergebnishaushalt weiterhin durch die im Finanzhaushalt abgebildeten, dringend notwendigen Zukunftsprojekte für unsere Stadt, für welche im nächsten Jahr über 16 Mio. Euro an Investitionen in die Hand genommen werden sollen und welche ich an späterer Stelle genauer beleuchten werde. Investitionen, die Abschreibungen verursachen, die im Ergebnishaushalt zu erwirtschaften sind. Investitionen, die nicht nur mit Unterhaltungsaufwand im Hinblick auf Sachkosten, sondern auch im Hinblick auf Personalkosten verbunden sind. Dies dürfen wir genauso wenig außer Acht lassen, wie die Zinsen für Investitionskredite, die im Ergebnishaushalt generiert werden müssen und steigende

Personalkosten aufgrund massiv steigender Aufgaben im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Und hierauf möchte ich, meine Damen und Herren, heute gerne genauer eingehen.

Über 9,3 Mio. Euro betragen die Personalaufwendungen für die Stadt Lich. Circa 4,5 Mio. Euro dieser Personalaufwendungen macht die Betreuung in den eigenen Kindertageseinrichtungen aus. Was uns in diesem Bereich noch erwartet, vermag ich schwer zu sagen. Sie wissen, dass wir alles dafür unternehmen, die räumlichen Kapazitäten für die Kinderbetreuung weiter zu erweitern, weil wir alle wissen, dass die Warteliste ein Ende haben muss. Ob wir das Personal für die Kinderbetreuung finden, ist eine andere Frage, allerdings müssen wir planen. Wir müssen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben planen – Stichwort „Gute-Kita-Gesetz“. Was das Bevölkerungswachstum unserer Stadt in Verbindung mit den gestiegenen gesetzlichen Vorgaben wiederum für die Personalkostensituation im Bereich der Kinderbetreuung in den städtischen Einrichtungen ausmacht, möchte ich Ihnen anhand weniger Zahlen deutlich machen: 2012 betragen die Personalaufwendungen in der Kinderbetreuung rund 1,4 Mio. Euro, 2017 liegen wir schon bei 2,1 Mio. Euro und 2022 bei etwa 3,3 Mio. Euro. Anhand dieser Entwicklung können Sie sehen, was alleine schon das „Gute-Kita-Gesetz“ ausmacht und was wir weiter zu erwarten haben. Ich wage zu bezweifeln, dass man in Berlin oder Wiesbaden wirklich nachvollziehen kann, in welche Situation man die Kommunen zunehmend bringt.

Ich möchte nun nicht noch auf weitere Trends bei den Erträgen und Aufwendungen eingehen, da ich mit den aufgezeigten gestiegenen Belastungen im Bereich von Energie, Personal, Abschreibungen und Unterhaltungen schon die wesentlichen Entwicklungen und Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr identifiziert habe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was sich vor wenigen Minuten noch als eine sehr komfortable Lage im Ergebnishaushalt auftat, entpuppt sich angesichts dieser Schilderungen nun zu einem absoluten Minimum zur Bewältigung der von Krisen geprägten Großwetterlage und zum Stemmen der dringend notwendigen infrastrukturellen Anpassungen.

Und da sind wir auch schon beim nächsten Punkt – beim Finanzhaushalt sowie den geplanten Investitionen. Über 16 Mio. Euro Investitionen für das neue Haushaltsjahr – ein bisheriger Rekord. Ich kann keine Gedanken lesen, aber Sie fragen sich nun bestimmt: Warum ist das so und wer soll das alles überhaupt schultern?

Ich möchte mit der Frage beginnen, warum wir derart hohe Investitionen planen. Beginnen möchte ich hier mit einem Thema, welches aufgrund der im vergangenen Jahr getroffenen Entscheidung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nun für die weitere Planung zwei Optionen offenlässt. Setzen wir das Straßensanierungsprogramm weiter um oder weichen wir davon ab oder setzen dieses gegebenenfalls weiter aus. Wir haben uns in Verwaltung und Magistrat ganz bewusst dafür entschieden, am geplanten Straßensanierungsprogramm festzuhalten, jedoch dort Maßnahmen zu schieben, wo die Konzentration an Maßnahmen zu hoch wird und die Erneuerung der Kanal- und Abwasserinfrastruktur dies zulässt. Unsere verkehrliche Infrastruktur bindet ganz massiv personelle und finanzielle Ressourcen, sie zur Konsolidierung zu opfern, zahlt sich jedoch nicht aus, wird doch das Verschleppen von Schäden uns in wenigen Jahren oder nachfolgende Generationen von Entscheidungsträgern irgendwann in der Zukunft weitaus mehr belasten. Wie notwendig eine funktionierende und intakte verkehrliche Infrastruktur für den Standort Lich ist, erschließt sich jedem von ganz alleine, der hier lebt. Siebenstellige Investitionen von circa 3 Mio. Euro im Tiefbaubereich betreffen insbesondere und weiterhin die grundhafte Erneuerung von Straßen oder den Erstausbau – Carl-Benz-Ring, Gräbenstücke, Schnepenhain und Birklarer Weg in Langsdorf oder die Ortsdurchfahrt von Muschenheim, für welche im nächsten Jahr Planungskosten in Höhe von 250.000 Euro vorgesehen sind. Die Sanierung von Brücken, die Attraktivitätssteigerung der Wohnmobilstellplätze in Lich und in Muschenheim sowie der barrierefreie Umbau von Haltestellen in Langsdorf und Nieder-Bessingen fällt ebenso in den Bereich der genannten Investitionssumme.

Im Bereich der sozialen Infrastruktur möchte ich auf die bereits angesprochene Erweiterung der vorhandenen Kindertageseinrichtungen hinweisen. Seit 2020 haben wir in Lich 146 Kindergartenplätze geschaffen. Ich bin der Auffassung, dass sich diese Zahl sehen lassen kann! Dennoch dürfen wir uns auf dieser Zahl nicht ausruhen!

Sowohl in der Kernstadt als auch in den Stadtteilen warten noch große Aufgaben auf uns. Für die Kindertageseinrichtung in Eberstadt wurden 1,7 Mio. Euro in Ergänzung zu den bereits eingestellten Mitteln im Finanzhaushalt vorgesehen. 1,5 Mio. Euro wurden zunächst für das kommende Haushaltsjahr für die Erweiterung der Kindertageseinrichtung in Langsdorf eingeplant, 2024 sollen weitere 1,5 Mio. Euro hier investiert werden. In diesem Sommer konnte zur Realisierung des Gemeinschaftsprojektes auf dem Schulgelände glücklicherweise eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Landkreis Gießen abgeschlossen werden. Die Planungskosten für die Erweiterung der Kindertageseinrichtung in Muschenheim werden mit 150.000 Euro zu Buche schlagen.

Addiert man diese größeren Investitionen mit den Investitionen in die Gebäude, beispielsweise für Lärmschutz oder neue Fenster, errechnet sich ein Gesamtbetrag an Investitionen im Kinderbetreuungsbereich von rund 3,6 Mio. Euro.

Ebenso Berücksichtigung bei den geplanten Investitionen fand die Erweiterung unserer Sportstätteninfrastruktur. Nachdem der von mir und der Verwaltung unterbreitete Vorschlag einer zeitnahen Herstellung zusätzlicher räumlicher Kapazitäten für den Übungsbetrieb der Sportvereine in Form einer Halle in Leichtbauweise für die Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr durch die von den hallennutzenden Vereinen vorgelegte Bedarfsplanung an Gültigkeit verlor, haben wir auf Grundlage der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ausreichend Mittel für die Planung sowie für die Durchführung der ersten baulichen Maßnahmen für eine Dreifeldsporthalle in Höhe von 2 Mio. Euro zunächst für das Haushaltsjahr 2023 berücksichtigt.

In den Bereich der sozialen Infrastruktur fällt auch der Neubau des Dorfgemeinschaftshauses in Bettenhausen. Nachdem in diesem Jahr Mittel für die Durchführung eines Architektenwettbewerbes für die Vergabe der Planungsleistung verausgabt wurden, sollen im nächsten Jahr für die konkrete Planung und für den Abriss des vorhandenen Bestandsgebäude 1 Mio. Euro bereitgestellt werden.

Auf das Zurverfügungstellen von Mitteln für die Planung und erste Abrissarbeiten konzentrieren sich auch die Investitionsausgaben für das Mehrgenerationenwohn- und Begegnungsprojekt „Alte Schlosserei“ in Langsdorf. Nachdem ein wirklich sehr vielschichtiger und anspruchsvoller, als LEADER-Projekt geförderter Prozess der Erarbeitung eines Raum- und Nutzungskonzept angestoßen wurde und ein Arbeitsmodus unter Hinzunahme vieler ehrenamtlicher Akteure sowie beauftragter Fachleute gefunden wurde, können wir optimistisch sein, dass im nächsten Jahr die Leistungsphase Null abgeschlossen werden und Ihnen ein Konzept vorgelegt werden kann, welches wiederum Grundlage einer konkreten Planung sein soll. Für die „Alte Schlosserei“ wurden 400.000 Euro in den Finanzhaushalt eingestellt. Ich bin überzeugt davon, dass wir auch für die Umsetzung der Maßnahme mit LEADER-Mitteln bedacht werden!

Jenseits der sozialen Infrastruktur haben wir auch die Arbeitsstätteninfrastruktur für unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Blick genommen. Nachdem wir bereits Geld für die Schaffung eines neuen Tourismusbüro mit zwei Arbeitsplätzen in die Hand genommen haben und neue Büroräumlichkeiten im Rathaus geschaffen haben, müssen wir nun aber auch ein Sanierungskonzept für das komplette Rathaus angehen. Nachdem ich Ihnen im

vergangenen Jahr erläuterte, dass das Foyer im Rathaus saniert werden soll, zeigte die diesbezügliche Planung, dass wir nunmehr nicht mehr mit einzelnen, in sich abgeschlossenen Maßnahmen arbeiten können, sondern ein Gesamtanierungsprojekt für das Rathaus angehen müssen, welches neben der Herstellung moderner Arbeitsplätze auf Fragen des Denkmalschutzes, des Brandschutzes und der Energetik ganz besonders abzielen wird. Für die hierfür notwendige Planung wurden 350.000 Euro im Finanzhaushalt berücksichtigt.

Dringender Handlungsbedarf in Sachen Arbeitsstätteninfrastruktur ist ebenso beim Bauhof zu sehen. Für An- und Umbauarbeiten, die bereits im nächsten Jahr durchgeführt werden können, wurden insgesamt 1,9 Mio. Euro vorgesehen.

Über 600.000 Euro investieren wir im nächsten Jahr in unsere Feuerwehren – für Beschaffungen und Planungen, denen wiederum größere Investitionen in den nächsten Jahren folgen werden. Ganz konkret spreche ich hier vom Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Bettenhausen sowie der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Langsdorf, welches auch angesichts steigender Zahlen in der Jugendfeuerwehr aus allen Nähten platzt. Gerade das zurückliegende Jahr hat uns vor Augen geführt, wie stolz wir auf unsere Freiwillige Feuerwehr sein können und wie wichtig es ist, diese zu fördern. Die Alternative – eine Berufsfeuerwehr – halte ich für undenkbar und ebenso wenig finanzierbar.

Nicht zuletzt hat uns der Ukraine-Krieg sowie die damit einhergehende Versorgungskrise und die Abhängigkeit von konventionellen Energieträgern in dem Kurs bestätigt, ein Mindestmaß an Energieautarkie für unsere städtischen Einrichtungen, perspektivisch aber auch für die ganze Stadt zu schaffen. Das „Licher Klimageld“ war in diesem Jahr ein voller Erfolg, wenngleich einige Förderanträge aufgrund der immensen Nachfrage nicht mehr positiv beschieden werden konnten. Deshalb haben wir den Ansatz im Ergebnishaushalt auf 75.000 Euro erhöht. Vor Auszahlung in der nächsten Förderperiode macht eine Evaluation und möglicherweise eine Anpassung der Richtlinie hinsichtlich der Höhe der Auszahlungsbeträge durchaus Sinn. Investiv reagieren wird auf die Notwendigkeit einer neuen energetischen Aufstellung durch Investitionen in Photovoltaik-Anlagen auf unseren eigenen Liegenschaften, die auch Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe ermöglichen sollen. Rund 900.000 Euro werden wir hierfür in den nächsten beiden Jahren investieren.

Mit den vorausgegangenen Ausführungen haben Sie einen guten Überblick über die geplanten Zukunftsprojekte für die Stadt Lich erhalten. Die erste Frage, die ich Ihnen bei der Nennung des geplanten Investitionsvolumens unterstellte, habe ich nun abgearbeitet und so wende ich mich

Ihrer zweiten Frage, wenngleich weitaus kürzer in der Präsentation, zu: Wer soll das alles schultern?

Diese Frage ist völlig berechtigt. Fakt ist, dass hinter vielen der genannten Planungen und Umsetzungen von baulichen Maßnahmen Planungsbüros, Baufirmen usw. stehen, die seitens der Stadt Lich beauftragt werden. Dennoch muss diese umfassende Beauftragungssituation auch durch die Stadtverwaltung gestemmt werden können. Die Frage, wie dies möglich ist, umtreibt mich natürlich und diese Frage sollte es auch tun. Seit meinem Amtsantritt im Januar 2020 wurden alleine in der Bauverwaltung die neue Stelle einer Stadtplanerin geschaffen, eine zweite Hochbautechnikerstelle besetzt, das Amt eines Klimaschutzmanagers eingeführt, eine Honorarkraft für die Abarbeitung von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen beschäftigt sowie eine zusätzliche Stelle für den Tiefbau erarbeitet. Für das kommende Jahr vorgesehen sind in diesem Bereich weiterhin neue Stellen: So zeigt sich, dass mit zwei Hochbautechnikern alleine nicht die Betreuung und Unterhaltung von rund 100 Liegenschaften sowie obendrein Denkmälern und Projektplanungen zu stemmen ist. Deshalb finden Sie im neuen Stellenplan eine entsprechende neue Hochbautechnikerstelle. Verstärkung soll auch der Bereich Stadtentwicklung und Stadtplanung erhalten. Neben der Bauleitplanung fallen in diesen Bereich auch städtebauliche Projekte, wie etwa die Begleitung der Erarbeitung einer Gestaltungsfibel für die Altstadt, die erstmals im Haushalt berücksichtigt wurde, sowie die Unterstützung bei der Durchführung aller Maßnahmen im Rahmen der „Dorfentwicklung“, an die ich im kommenden Jahr ganz fest glaube. Für die professionelle Unterstützung bei der Erarbeitung einer Bewerbung erhielt die Stadt Lich in diesem Herbst eine Förderung von 20.000 Euro.

Dem Stellenplan können Sie auch Veränderungen im Bereich des Bauhofs entnehmen. Neben zusätzlichem Personal soll hier auch eine Neuaufstellung erfolgen. Ich bitte Sie, den Stellenplan der Stadt Lich im Kontext zum Stellenplan des Gemeindeverwaltungsverbandes zu lesen. Auch hier haben wir neue Stellen hinzugefügt, etwa im IT-Bereich, aber auch in der Frage der Personal- und Organisationsentwicklung. Für die Personal- und Organisationsentwicklung wurde eigens eine Stelle geschaffen, weil wir den steigenden Bedarfen an die Verwaltung eben nicht nur mit der Schaffung neuer Stellen begegnen dürfen, sondern uns auch Gedanken darüber machen müssen, wie organisatorisch auf diese Veränderungen zu reagieren ist. Ganz konkret arbeite ich beispielsweise derzeit daran, für den kompletten Bereich Kinderbetreuung eine eigenständige Organisationseinheit zu schaffen, da die Wahrnehmung der Aufgaben sich mittlerweile auf mannigfaltige Sachgebiete erstreckt und einer zentralen Steuerung bedarf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle auf ein sehr grundsätzliches Thema zu sprechen kommen, mit welchem wir uns systematisch und sehr ernsthaft auseinandersetzen müssen. Anhand der soeben von mir vorgetragenen, massiven Investitionen in unsere Infrastruktur müssen wir uns die Frage stellen, wie stark unsere Stadt in den nächsten Jahren weiterwachsen soll und kann. Unsere Infrastruktur ist an ihre Grenzen gestoßen, andernfalls müssten wir nicht so massiv in sie investieren. Für mich ist es von herausragender Bedeutung, dass wir in den nächsten drei bis vier Jahren diesen Kurs der Konsolidierung weiter gehen. Wir können uns die Neuausweisung großer – und ich sage bewusst großer – Siedlungsflächen nicht erlauben, wenn wir unsere vorhandene Infrastruktur nicht zum Zusammenbruch bringen wollen. Deshalb möchte ich heute mit meiner Haushaltsrede ankündigen, dass wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dieser Thematik in einen intensiven Austausch miteinander treten werden.

Die allermeisten denken insbesondere an die soeben aufgezeigten infrastrukturellen Bereiche, wenn von einem Bevölkerungswachstum die Rede ist, welches uns immens herausfordert und die vorhandenen personellen, räumlichen sowie technischen Kapazitäten an ihre Grenzen bringt. Allzu oft werden in der öffentlichen Wahrnehmung die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei der Frage, was kann eine Stadt noch leisten und was nicht, ausgeblendet. Nicht selten werde auch ich mit dem Argument konfrontiert: „Das passt schon“ oder „Das lässt sich doch ganz einfach anpassen.“

Dass eine ebensolche infrastrukturelle Herausforderung alles andere als einfach ist, zeigt der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Lich für das Haushaltsjahr 2023 sowie die Art und Weise, wie wir die Stadtwerke personell bereits aufstellen und weiterhin aufstellen werden. Sie können sich daran erinnern, dass ich Ihnen im Rahmen meiner letzten Haushaltsrede vortrug, dass sich die Stadtwerke Lich in einer Umbruchsituation befinden. Diese Feststellung trifft weiterhin auf die Stadtwerke zu. Ab Januar werden wir neben der kaufmännischen Betriebsleitung auch eine technische Betriebsleitung haben. Ebenso sind für die Sonderbauwerke im Abwasserbereich sowie für die Eigenkontrolle zwei neue Stellen vorgesehen. Das Team der Stadtwerke wird folglich erst im nächsten Jahr weitestgehend komplett sein. Der Weg dorthin war alles andere als einfach, jedoch heißt das wiederum nicht, dass der Weg, der vor uns liegt, einfacher wird. Die infrastrukturellen Aufholbedarfe sind wirklich enorm.

Der Weg, der vor uns liegt, lassen die Zahlen durchaus schon erahnen. Im Ergebnis weist der Wirtschaftsplan ein Defizit von **904.843 Euro** auf. Während wir im Abwasserbereich ein Defizit von **467.109 Euro** feststellen können, verzeichnen wir im Wasserbereich einen Fehlbetrag von **437.734 Euro**. Der Gesamtbetrag der Kredite beläuft sich auf rund 6,7 Mio. Euro, wobei etwa

3,1 Mio. Euro für die Wasserversorgung und rund 3,6 Mio. Euro für die Abwasserbeseitigung vorgesehen sind. Der Defizitausgleich gelingt uns – wie bereits im letzten Jahr – über den Rückgriff auf die Rücklage, wobei wir uns im Klaren darüber sein müssen, dass diese nicht unendlich ist.

Ein Betrag in Höhe von über 6,7 Mio. Euro für Investitionen im Wasser- und Abwasserbereich hört sich zunächst enorm an, zumal diese Mittel auch erst einmal verausgabt werden müssen und dies in Zeiten der Knappheit von verfügbaren Auftragnehmern. Dennoch handelt es sich bei all diesen Investitionen um Planungen und Maßnahmen, die dringend notwendig sind und für die wir eine haushalterische Grundlage im Wirtschaftsplan benötigen.

Ich möchte an dieser Stelle nicht ganz konkret auf die einzelnen Maßnahmen, sondern auf die Herausforderungen eingehen, die wir im Wasser- und Abwasserbereich im nächsten Jahr anpacken oder weiter fortführen. Insofern bleiben an dieser Stelle Maßnahmen im Zuge von grundhaften Erneuerung oder des Erstausbaus von Straßen, die einen großen Teil der Investitionen ausmachen, unberücksichtigt.

Vor wenigen Augenblicken sprach ich davon, dass das enorme Bevölkerungswachstum der letzten Jahre – zwischen 2012 und 2022 reden wir von über 1.000 neuen Einwohnern – unsere Versorgungsinfrastruktur an ihre Grenzen bringt. Im Fokus stehen daher der Ausbau und die Erweiterung vorhandener Anlagen. So liegt der Schwerpunkt in der Wasserversorgung sowohl in der Schaffung und Erweiterung neuer Trinkwasserkapazitäten sowie in der Erweiterung der Hochbehälter. So sind im nächsten Jahr 700.000 Euro für unsere Hochbehälter sowie 850.000 Euro für die städtischen Brunnen eingeplant. Seit Einführung der Wasserampel unseres größten Trinkwasserversorgers OVAG im Jahre 2020 steht die Wasserampel in Lich auf gelb und kürzlich verabschiedeten wir als Reaktion hierauf eine Gefahrenabwehrverordnung für den Fall des Trinkwassernotstandes. Die Möglichkeiten zur Einschränkung der Trinkwassernutzung sowie Bewusstseinschärfung unserer Bürgerinnen und Bürger sind wichtig. Alleine werden diese Maßnahmen aber nie ausreichend sein. Erste Untersuchungen und Studien zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgungssicherheit sind angestoßen worden, sodass wir im nächsten Jahr entsprechende dringend erforderliche Beschlüsse fassen können.

In der Abwasserbeseitigung liegt der Schwerpunkt der Investitionen nach wie vor in der Erweiterung und Modernisierung unserer Kläranlagen. Erste Ansätze für Planungen zur Modernisierung bzw. zur Erweiterung oder zum Neubau der Kläranlagen in Eberstadt, Muschenheim und Lich wurden im letzten Wirtschaftsplan berücksichtigt und nunmehr weiter

fortgesetzt oder aufgrund der Notwendigkeit weiterer Planungen aufgestockt. Fakt ist, dass diese Projekte nicht im Handumdrehen umzusetzen sind. Mitunter mussten und müssen für die Planungen notwendige Grundlagen ausgearbeitet werden, für die wir weiterhin ausreichend Mittel bereitstellen möchten.

Stichwort Grundlagen. Nach wie vor fehlen uns die Grundlagen für eine seriöse Gebührenkalkulation. Untersuchungen zur Schaffung dieser Grundlagen, etwa SMUSI-Berechnungen, wurden im Haushaltsjahr 2022 beauftragt und werden neben anderen zu ermittelnden Größen Ausgangspunkt für eine Gebührenkalkulation sein, die dem Status quo auch wirklich gerecht wird. Auch hier wäre ich gerne schon deutlich weiter, da für die Gebührenkalkulation ursprünglich Mittel für dieses Jahr vorgesehen waren. Allerdings sollte unser Anspruch eine fundierte Gebührenkalkulation sein, die auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vertretbar ist.

Abschließend möchte ich noch ein Thema – natürlich nur cursorisch – aufgreifen, welches in meinen Augen im nächsten Jahr einer Klärung bedarf. Bilden wir die Hausanschlüsse weiterhin im Ergebnishaushalt ab, was sicherlich seine Vorteile etwa hinsichtlich der wegfallenden Notwendigkeit der Bildung von Sonderposten hat, oder kehren wir wieder zu dem Modell zurück, diese im Finanzhaushalt und somit im Anlagenvermögen darzustellen.

Während ich mit meiner letzten Haushaltsrede insbesondere im Hinblick auf den Ausbau der sozialen, baulichen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur sinnbildlich unser Schiff – die Stadt Lich – aus dem Hafen auslaufen ließ, befinden wir uns heute, ein Jahr später, auf hoher See. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf staten der Magistrat und ich unser Schiff so aus, dass wir die Schiffsreise weiterhin fortsetzen können, ohne dass die raue See eine allzu große Gefahr für uns darstellt. Welchen Kurs wir nehmen, bestimmen Sie! Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich, dass wir den im nunmehr zurückliegenden Jahr durch den Haushaltsplan 2022 vorgegebenen Kurs weitestgehend verfolgt haben. Ebenso danke ich den Kolleginnen und Kollegen im Magistrat für die konstruktiven Beratungen im Vorfeld des heutigen Tages, deren Ergebnis der heute vorgestellte Haushaltsplanentwurf ist. Mein größter und besonderer Dank gilt wiederum den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Lich und der Stadtwerke Lich, die unermüdlich in alles andere als einfachen Zeiten dafür sorgen, dass unser Schiff den vorgegebenen Kurs halten kann. Dies sollten wir uns bei den anstehenden Haushaltsberatungen, aber auch darüber hinaus, stets ins Bewusstsein rufen.

Ich freue mich auf konstruktive Haushaltsberatungen und werbe an dieser Stelle um Vertrauen in die Mannschaft auf der Brücke sowie in die Mannschaft, die Tag für Tag – auch im Sturm – unter Deck arbeitet oder die Segel setzt. Ebenso werbe ich um Vertrauen in den Kompass, der uns während unserer Reise treue Dienste leistet und dessen Nadel sich stets an Bedarfen orientiert und diese klar von Begehrlichkeiten abgrenzt.

Lassen Sie uns den Anker lichten und die Segel setzen: Weiter geht's!